

Bilanz Globale Finanzkrise

1. Editorial	1
2. Bestandsaufnahmen	2
3. Re-Regulierung	5
4. Debatten und Analysen	8
5. Vermischtes	11

Liebes Denknetz-Mitglied, sehr geehrte LeserInnen,

Vor etwa einem Jahr widmeten wir der „Globalen Finanzkrise“, die sich längst zu einer Weltwirtschaftskrise ausgeweitet hatte, bereits einen Infobrief. Ein Jahr danach, zu einem Zeitpunkt, an dem an den Börsen längst wieder business as usual und die Krise vielfach als überstanden dargestellt wird, wollen wir genauer schauen, ob und welche Lehren aus ihr gezogen wurden. Diese Bilanz erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es empfiehlt sich, auch den erwähnten Infobrief # 8 Globale Finanzkrise - Krise des Kapitalismus vom Januar 2009 noch einmal zur Hand zu nehmen. Ebenfalls möchten wir auf das Denknetz-Glossar zur Finanzwirtschaft hinweisen, in dem einschlägige Abkürzungen und Begriffe wie CDS erklärt werden.

www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Infobrief_8_Globale_Finanzkrise.pdf
www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Glossar.pdf



Dieses Symbol verweist auf einen Text, der per Mausklick abgerufen werden kann. Die URL wird für den Ausdruck vollständig angegeben. Der Infobrief erscheint ca. 4 mal pro Jahr.

Inhalt und Gestaltung: Holger Schatz. Besonderen Dank für Anregungen geht an Hans Baumann und Beat Ringger. Ältere Ausgaben des Infobriefs sind auf unserer Homepage abrufbar. Kontakt: newsletter(at)denknetz-online.ch

2. Bestandsaufnahmen

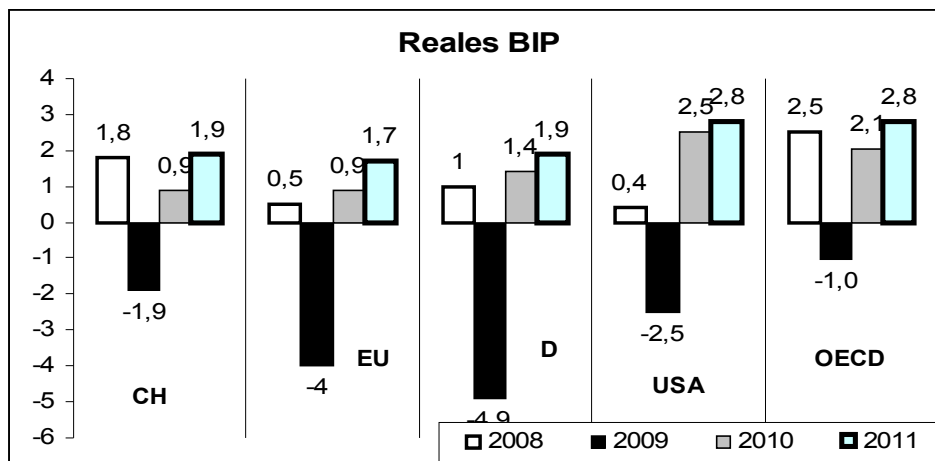
Zum Verlauf der seit 2007 als Finanzkrise begonnenen Weltwirtschaftskrise haben wir wie bereits erwähnt im Denknetz Infobrief # 8 ausführliche Hinweise zusammengestellt. Der weitere Verlauf bis zum Sommer 2009 ist sehr gut und detailliert im Jahresbericht der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (**BIZ**) dokumentiert.

Knapp ein Jahr nach dem Bankrott der Investment Bank Lehmann Brothers, der zum Auftakt und Symbol der schwersten Weltwirtschaftskrise seit den 1920er Jahren wurde, verkündete der **Internationale Währungsfonds IMF** im Oktober 2009 das Ende der weltweiten Rezession. Nachdem in nahezu allen Ländern 2009 eine markante Schrumpfung des jeweiligen BIP um bis zu 7,5% (Mexico und Russland) zu verzeichnen war, soll 2010 mit wenigen Ausnahmen (Spanien) die Wirtschaft wieder wachsen.

päische Zentralbank in ihrem **Financial Stability Report** vom Dezember 2009 einen zusätzlichen Abschreibungsbedarf von gegen 180 Milliarden Euro. Zum anderen ist gar nicht sicher, ob das Ende der Rezession wirklich auf einen sich selbsttragenden Aufschwung zurückzuführen ist. Zu gigantisch sind die Konjunkturprogramme sowie die extreme Niedrigzinspolitik, mit denen die Staaten weltweit die Wirtschaft künstlich wieder angeschoben haben.

Konjunkturprogramme

Eine gutes detailliertes Überblicksportal über die weltweiten Ausgaben (Stand Sommer 2009) im Rahmen der Konjunkturprogramme sowie den Ausgaben zur Bankenrettung liefert der Dienstleister Germany Trade & Invest. Die neueste Ausgabe des sogenannten „Beihilfenanzeigers“ der Europäischen Kommission zeigt ebenfalls, dass das Subventionsvolumen in der EU während der Finanzkrise um ein Vielfaches gestiegen ist.



Der Unia Ökonom **Hans Baumann** gibt in einem detailreichen Referat - gehalten vor dem Weltkongress der Internationalen Bau- und Holzgewerkschaften BHI im Dezember 2009 - Hinweise zum Ausmass der Wirtschaftskrise (nicht nur im Bausektor) und zu den bisherigen Gegenmassnahmen in Europa.

Aufschwung auf Pump und die nächste Blase

Während angesichts der aktuellen Konjunkturprognosen allerorten die Krise für beendet erklärt wird, ist aus mehreren Gründen jedoch Skepsis angebracht. Zunächst ist das Ausmass der Existenz aller „toxischen Papiere“ und damit der Abschreibungsbedarf in den Bilanzen der Banken noch gar nicht vollständig erfasst. Allein für Europa schätzt die Euro-

„Während die 27 Mitgliedstaaten (EU-27) im Jahr 2007 noch 66,5 Mrd. EUR bzw. 0,52 % des BIP für Beihilfen ausgaben, waren es 2008 insgesamt 279,6 Mrd. EUR bzw. 2,2 % des BIP der EU-27. Ohne die Krisenmassnahmen belief sich das Gesamtbeihilfevolumen im Jahr 2008 auf 67,4 Mrd. EUR bzw. 0,54 % des BIP der EU-27“, heisst es im Anfang Dezember 2009 veröffentlichten Bericht.

In der **Schweiz** wurden ca. 2 Milliarden Franken drei Konjunkturpakete (das dritte ist beschlossen, kommt aber erst 2010 zu Geltung) für Bau- und Infrastrukturprojekte, sowie die Bereiche Umwelt und Energie zur Verfügung gestellt. Demgegenüber stehen die Finanzhilfen an die UBS; immer noch sind toxische Wertpapierbestände aus den Beständen der UBS im "Wert" von rund 40 Milliarden Franken im Besitz der Nationalbank.



www.ecb.int/pub/fsr/html/index.en.html



www.gtai.de/DE/Content/Standardbeitrag/Spezialthemen/chancen-in-der-krise.htm



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1884&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Zur UBS in der Krise hat das DRS seit 2008 ein laufend aktualisiertes Dossier angelegt.



www.drs.ch/www/drs/nachrichten/72270.die-ubs-und-die-finanzkrise.html



www.bis.org/pub/arpdf/ar2009_de.pdf?noframes=1



www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/02/pdf/text.pdf

Quelle: OECD, economic outlook 86, 2009. Prognosen



www.oecd.org/document/18/0,3343,en_2649_34109_20347538_1_1_1_1,00.html



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Referat_BHI_0711209.pdf



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Konjunkturmassnahmen_Schweiz_Report_Hans_Baumann_CLR.pdf



www.bern.unia.ch/uploads/media/20090907_Konjunkturagenda_Bern_02.pdf



www.bis.org/publ/qrtrpdf/r_qt0912.pdf



www.handelszeitung.ch/artikel/Unternehmen-Wann-ist-genug-wirklich-genug-616881.html



www.ftd.de/finanzen/kolumne-wolfgang-muenchau-einst-inkompetent-jetzt-kriminell/50032459.html



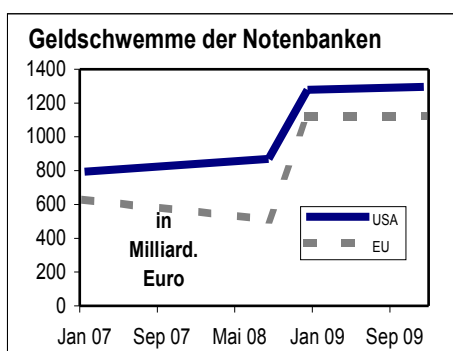
Quelle: www.fazfinance.net/Aktuell/Wirtschaft-und-Konjunktur/Die-uneilvolle-Geldschwemme-8320.html

Im Vergleich zum europäischen Durchschnitt sind die bisherigen Konjunkturmassnahmen in Höhe von 2 Milliarden sehr niedrig. Diese Summe entspricht etwa 0,7% des BIP während die Programme innerhalb der EU-27 im Durchschnitt bei 2,2 % liegen.

Schweizer Gewerkschaften sehen deshalb Nachteile für die Schweizer Industrie. „Weil in anderen Ländern industrielle Projekte direkt vom Staat unterstützt werden, ist die defensive Haltung von Bund und Kantonen ein Standortnachteil,“ argumentierte etwa **Corrado Pardini** von der Gewerkschaft Unia im September 2009 bei der Vorstellung einer konjunkturpolitischen Agenda für den Kanton Bern. Kritische Stimmen gehen bei dem neueren Aufschwung ohnehin von einer „Schere“ aus. Die Finanzmärkte boomen wieder, während die sogenannte Realwirtschaft - vor allem die Industrie - weiter stagnieren wird. Aber auch innerhalb der Finanzindustrie ist das Bild uneinheitlich. So schrumpfen dem neusten Bericht der **Bank für internationalen Zahlungsausgleich** (BIZ) zufolge die Bilanzen vieler Banken auch 2009 weiter, wenn auch langsamer als 2008.

Liquiditätsschwemme

Die Situation mutet absurd an: Extrem niedrige Zinsen in den vergangenen Jahren haben den Kreditboom in den USA forciert und damit einen der Auslöser der globalen Wirtschaftskrise geschaffen. Der Einbruch der Finanzmärkte führte dann dazu, dass das Interbankengeschäft und die Kreditvergabe einbrachen. Als Reaktion darauf senkten die Notenbanken die Zinsen praktisch gegen Null und pumpten auf mehreren weiteren Wegen massive Geldsummen in die Finanzmärkte, um die Kreditklemme zu deblockieren und mit diesem „billigen Geld“ die Wirtschaft zu stimulieren. Indem sie dies tun, sorgen sie jedoch bereits wieder für die nächste Blase, so jedenfalls die Sorge vieler Beobachter.



Viele Banken horteten jedoch ihre liquiden Mittel, weil sie den andern Banken nicht über den Weg trauten. Nun sind diese Geldmittel zwar wieder im Umlauf. Vieles deutet jedoch darauf hin, dass dieses billige Geld weniger in reale Investitionen fließt als vielmehr an den Börsen angelegt und verspielt wird. Nicht minder paradox muten die politischen Konstellationen an, welche diese Geldschwemme begleiten. Während besorgte Stimmen etwa vom IWF, der Weltbank und liberalen Meinungsmachern in FAZ oder NZZ eine Exit-Strategie anmahnen, werben linke, keynesianische Ökonomen wie Paul Krugmann weiterhin für das Bereitstellen billiger Kredite. Aber auch viele Staaten scheinen dem Aufschwung zu misstrauen. So hat etwa die Schweizer Nationalbank als Ziel für 2010 ausgegeben, die Zinsen für Kredite bei 0,25% zu halten.

Auf einem internationalen Kongress des **makroökonomischen Institut IMK** der Hans Böckler-Stiftung beleuchteten führende Makroökonomien die Rolle der Geldpolitik. Einig war man sich, dass eine exzessive Niedrigzinspolitik, wie sie in den USA in den vergangenen Jahren herrschte, zum Schuldenmachen einlud und Anreize zu hohen Leverage-Effekten (Hebeleffekten) im Schattenbankensektor schaffte. Aussenwirtschaftliche Ungleichgewichte (etwa zwischen den USA und China) hätten diese Effekte verschärft. Im Gegensatz zur bereits erwähnten Kritik an der momentanen Liquiditätsschwemme der Notenbanken, warnten die meisten ReferentInnen jedoch davor, dass eine rigide Geldpolitik die Krisenfolgen verschärfen könnte. Die Weltwirtschaft brauche durchaus billiges Geld, dessen Ströme müssten allerdings im Rahmen eines globalen Keynesianismus nachfrageorientiert fließen. Ob ein solcher Keynesianismus möglich ist, war das Thema einer Fachtagung **The World Economy in Crisis - The Return of Keynesianism?**, die das Research Network Macroeconomics and Macroeconomic Policies (FFM) im Oktober 2010 abhielt.

Verschuldung

Um die gigantischen Rettungspakete für die Banken sowie die Konjunkturmassnahmen zu finanzieren mussten sich die Staaten in der Regel weiter verschulden. Der Einbruch bei den Steuereinnahmen verschärft die Problematik. In der EU-27 sind seit der Krise die Schulden von ca. 60% des BIP im Jahre 2007 auf ca.77% gestiegen, Tendenz weiter steigend.



www.imf.org/external/np/g20/pdf/110709.pdf



www.snb.ch/de/mmr/reference/pre_20091210/source/pre_20091210.de.pdf



www.boeckler.de/85_94945.html



www.boeckler.de/36370_94949.html



<http://europa.eu/rapid/pressRelease-sAction.do?reference=IP/09/1694>

In einigen Fällen wie Griechenland, Irland, Österreich wird im schlimmsten Falle mit einem Staatsbankrott gerechnet. In den USA stieg die Verschuldung von 65% auf über 90% des BIP, in Italien auf 115% und in Japan auf über 200%. Allerdings betonen viele Experten, dass die Schuldenquote allein wenig über die Gefahr eines Bankrotts aussagt. Entscheidend sei vielmehr die Liquidität und damit die Möglichkeit, jeweils ein Teil der alten Schulden durch neue zu ersetzen. Bei Ländern ohne eigene Notenbank, wie etwa Griechenland, sei dieser Weg jedoch verbaut.

Allgemein wird befürchtet, dass mit dem kommenden Konjunkturaufschwung die Zinsen anziehen, was den Schuldendienst für die öffentlichen Haushalte verteuern würde. Das niedrigere Wirtschaftswachstum werde zudem eine höhere Arbeitslosigkeit mit entsprechenden Kosten für den Staat zur Folge haben. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird zudem infolge der expansiven Geldpolitik ein Anstieg der Inflation erwartet. Insbesondere könnten auch einzelne Staaten wie die USA versucht sein, über eine Entwertung ihrer Währung eine Inflation und damit einen Abbau ihrer Schulden herbeizuführen.

Arbeitslosigkeit

Alle bisher genannten Aspekte relativieren das ohnehin geringe Niveau des Aufschwungs, der jedenfalls mit einiger Sicherheit „beschäftigungsarm“ ausfallen wird. **Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO)** hat in ihrem neusten Bericht *World of Work Report 2009: The Global Job Crisis and Beyond* das Ausmass des weltweiten Arbeitsplatzabbaus infolge der Krise bilanziert. Weltweit sind mindestens 20 Millionen Arbeitsplätze seit dem September 2008 verloren gegangen. Allein in der EU waren es seit März 2008 6,1 Millionen Arbeitsplätze. Ohne die vielen Konjunkturmassnahmen bzw. die arbeitsmarktpolitischen Instrumente wie die Subventionierung der Kurzarbeit würde die Bilanz weitaus drastischer ausfallen. Aus diesem Grund fordert die ILO eine Beibehaltung dieser Massnahmen.

In der **Schweiz** ist die Zahl der offiziellen Arbeitslosen gemäss dem SECO innert Jahresfrist von November 2008 bis November 2009 von 107'652 auf 163'950 gestiegen, was einem Anstieg der Arbeitslosenquote von 2,7% auf 4,2 % entspricht. Für 2010 wird von einem weiteren Anstieg auf über 200 000 Menschen

ohne Arbeit bzw. einer Quote von 5% ausgegangen. Dazu kommt die grosse Zunahme von Kurzarbeit seit 2008. Das Seco meldet für den Zeitraum von September 2008 bis September 2009 einen Anstieg der via Kurzarbeit abgerechneten Ausfallstunden von 52 082 auf 2 856 128 pro Monat. Dies bedeutet - umgerechnet in Vollzeitäquivalenten – weitere 17 000 Arbeitslose.

Die Lage in den „Entwicklungsländern“

Die **Weltbank** hat für den G 20 Gipfel in Pitsburg die Auswirkungen der Krise auf die 43 „ärmsten“ Entwicklungsländer beleuchtet. Dramatische Einbrüche in den Bereichen Export, Geldflüsse ins Inland, Tourismus, Remittances (Rücküberweisungen von Migranten) sowie der Anstieg der Preise für Dinge des täglichen Bedarfs werden einen Anstieg der weltweiten Armutbevölkerung auf zusätzlich 89 Millionen Menschen bis Ende 2010 bewirken (Def. Einkommen unter 1,25 Dollar pro Tag). Auch die **UNO** hat im Juni 2009 in New York eine Konferenz zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die „developing countries“ abgehalten und hierzu umfangreiche Materialien erarbeitet.

Mit dem **Welthungerindex WHI** 2009 führt das Internationale Forschungsinstitut für Ernährungspolitik (IFPRI) bereits zum vierten Mal eine mehrdimensionale Berechnung und Analyse der weltweiten Hungersituation durch. Ziel ist es, die Entwicklung des Hungers weltweit und auf Länderebene zu dokumentieren. Der aktuelle Bericht zeigt, dass die weltweite Finanzkrise die Situation in vielen Ländern wieder stark verschlechtert hat. Gleichzeitig dokumentieren die Ergebnisse einen starken Zusammenhang zwischen dem Ausmass des Hungers und den jeweils gegebenen Niveaus der Geschlechtergerechtigkeit und sowie der bildungspolitischen Anstrengungen in den einzelnen Ländern. Der Bericht liegt auch in deutscher Sprache vor.

Wie kommt es dass trotz Rekordernten weltweit der Hunger in den letzten Jahren gestiegen ist? Ein Sammelband klärt auf. Neben der empirischen Diagnose stehen vor allem die Ursachenanalysen im Zentrum. Dabei gilt der besondere Augenmerk den neueren, börsenspekulationsgetriebenen Preissteigerungen auf Grundnahrungsmittel. Der instruktive Einleitungsbeitrag von **Armin Paasch** steht zum Download beim Verlag bereit.



www.seco.admin.ch/themen/00385/02909/index.html?lang=de



<http://sitere-sources.world-bank.org/NEWS/Resources/WorldBank-G20PaperonLICs-Sept2009.pdf>



www.un.org/ga-president/63/interactive/uneconference.shtml



www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/WHI/Welthunger-Index-2009.pdf



M. Bergtreser / F.-J. Möllenberg / G. Pohl (Hrsg.): Globale Hungerkrise. Der Kampf um das Menschenrecht auf Nahrung, Hamburg Oktober 2009.



www.vsa-verlag.de/vsa/pdf_downloads/VSA_Bergtreser_Moellenberg_Pohl_Hungerkrise.pdf



www.ilo.org/public/german/region/eur-pro/berlin/download/wow_2009.pdf



www.unia.ch/uploads/media/Wirtschaftsinfo_Herbst_2009.pdf

3. Re-Regulierung

An Vorschlägen, hochrangigen Konferenzen und Konzepten zur Re-Regulierung mangelt es nicht. Im Verlauf des Jahres 2009 haben alle wichtigen internationalen Organisationen, Gremien und Zusammenschlüsse umfassende Analysen vorgelegt und in der Regel auch die Felder identifiziert, auf denen dringender Handlungsbedarf besteht: Aufsicht über den Finanzsektor/ Eigenkapitalvorschriften für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen/ Regulierung von Ratingagenturen/ Neue Regeln für die Hedgefonds und Private Equity/ Managerboni/ neue Rechnungslegungsregeln. Allerdings ist man bezüglich der Umsetzung dieser Massnahmen in der Regel über Willensbekundungen nicht hinausgekommen. Tatsache ist, dass die zehn grössten Bankinstitute seit der Krise infolge des Ausscheidens von Konkurrenten sowie dank der Finanzhilfen noch einflussreicher geworden sind. Im Wissen, zur Not gerettet zu werden, wird wieder mit dem Rest der alten Schrottpapiere sowie dem neuen billigen Geld spekuliert. Neben der fehlenden Entschlossenheit kommt sicherlich erschwerend hinzu, dass bestimmte Massnahmen wie eine Transaktionssteuer nur Sinn machen, wenn sie weltweit oder zumindest europaweit umgesetzt werden würde.

Im April 2009 beschlossen die G 20, ein sogenanntes **Financial Stability Board** einzurichten. Das FSB ersetzt damit das 1999 gegründete Financial Stability Forum und soll eine länderübergreifende Beobachtung der Finanzmärkte garantieren. Ende November sorgte das FSB für Aufsehen, als die Financial Times eine unveröffentlichte Liste mit 30 Banken publizierte. Die darin vom FSB genannten Institute, darunter die UBS, CS sowie die Versicherer Zürich und Swiss Re, seien systemrelevant und müssten deshalb dringend einer besonderen Beobachtung und Kontrolle unterzogen werden.

Bereits im Herbst 2008 hat die Uno eine hochkarätige Experten-Kommission unter dem Vorsitz des Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz einberufen, um Vorschläge zur Reform der internationalen Finanzarchitektur auszuarbeiten. Im Juni legte 2009 nun die Kommission einen umfassenden Bericht vor. Neben der fundierten Analyse der Auslöser der Finanzkrise werden konkrete Vorschläge zur abgestimmten Einführung von Finanzmarktregulierungen unterbreitet. Diese zielen auf eine bessere Kontrolle des Derivate-Handels, der Rating Agenturen und sehen eine

Weltfinanz-Regulierungsbehörde vor. Allerdings scheint der Kommission bereits beim Verfassen der Glaube an eine Umsetzbarkeit der zum Teil weitreichenden Vorschläge abhanden gekommen zu sein. So wird geklagt: „One of the most disappointing aspects of the global response to the present crisis has been the almost complete absence of political accountability. While failure has been broad and abundant, corrective action has been comparatively scarce.“ **Jean Ziegler** jedenfalls spricht angesichts des Widerstandes der Industrienationen gegen die Vorschläge von einer „bitteren Niederlage des Joseph Stieglitz“.

Nach eigenen Bekunden ergreift die **EU** „derzeit Massnahmen bisher unbekanntem Ausmaßes, um die Finanzmärkte zu stabilisieren und die Kredithähne wieder zu öffnen. Diese müssen Hand in Hand gehen mit einschneidenden Reformen, mit denen eine erneute Krise vermieden und das Vertrauen in die Bankwirtschaft wieder hergestellt wird.“

Eigenkapitalvorschriften

Infolge der auf dem G 20 Treffen vom September verabredeten Vorgaben hat das sogenannte Basel Committee im Dezember 2009 beschlossen, dass ab Ende 2012 neue, strengere Eigenkapitalvorschriften für Banken gelten sollen. Dies würde gefährliche Over-the-Counter-Geschäfte (OTC) oder den Handel mit Credit-Default-Swaps (CDS) weniger attraktiv machen, da bei einer höheren Eigenkapitalunterlage die Eigenkapitalrendite bei solchen Geschäften sinken würde. Genau dies wollen die Investmentbanken verhindern. Die Aussichten auf die Umsetzung der Vorschriften stehen schlecht, da die Vorschriften erst nach einer Konsultierungsphase verbindlich werden sollen. Ebenso soll die Anwendung der neuen Regeln vom Konjunkturverlauf abhängig gemacht werden. Man wolle die ansteigende Konjunktur nicht leichtfertig durch zu viel Regulierung gefährden, heisst es in der Erklärung des Basel Komitees.

Anfang Dezember 2009 kündigte die Schweizer Nationalbank an, die Eigenkapitalvorschriften auch über den internationalen Standard hinaus zu erhöhen. Zugleich soll auch eine Verschuldungsgrenze (Leverage Ratio) eingeführt werden. Nach einem Test sollen 2010 die genauen Vorgaben für die Banken festgelegt werden.



www.workzeitung.ch/tiki-read_article.php?articleId=976&opic=2



http://ec.europa.eu/financial-crisis/reforming/index_de.htm



www.bis.org/press/p091217.htm



www.snb.ch/de/mmr/speeches/id/ref_20091210_pmh/source/ref_20091210_pmh.de.pdf



www.financial-stabilityboard.org



www.un.org/ga/ec/oncrisissummit/docs/FinalReport_CoE.pdf

Too big to fail - too big to rescue?

Das Financial Stability Board FSB plant, im Oktober 2010 einen internationalen Plan zur Redimensionierung systemrelevanter Banken vorzulegen. Nicht wenige Experten sehen in der Verknüpfung von Vermögens- und Kreditbanken mit dem Investmentbanking eines der Ursachen für die Finanzkrise, da im Falle des Platzens einer Spekulationsblase das „normale“ Bankgeschäft einer Bankinstitution unweigerlich vom Investmentbereich mit in die Krise gezogen wird. In den USA existierte bis 1999 das sogenannte **Trennbankensystem**, dass 1932 als eine der Lehren aus der Krise in den 1920er Jahren etabliert worden war. Die Aussichten, dass es zur (Wieder-)Einführung eines Trennbankensystems kommen könnte sind jedoch schlecht. Einzig in Grossbritannien scheinen den Absichtserklärungen auch Taten zu folgen.

In der Schweiz wird zwar immer wieder auf das besondere Klumpenrisiko hingewiesen, das UBS und CS darstellen, so etwa jüngst bei einem gemeinsamen Presseauftritt von Blocher (SVP), Levrat (SP) und Hayek (Swatch Group), doch ist der Zeitpunkt zur Einführung konkreter Massnahmen zur Redimensionierung wohl verpasst worden. So hatte der Schweizer Bundesrat bereits im März 2009 eine entsprechende Motion mit folgender Begründung zurückgewiesen. „Die isolierte Einführung eines Trennbankensystems würde für den Finanzplatz Schweiz einen Standortnachteil bedeuten. Insbesondere fielen Synergieeffekte zwischen verschiedenen Geschäftsbereichen weg. Zudem fördert eine diversifizierte Geschäftstätigkeit grundsätzlich die Stabilität eines Unternehmens und trägt so zur Finanzstabilität bei.“

Im September 2009 legte die **Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA** eine umfassende Analyse der Finanzmarktkrise sowie des Verhaltens der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) vor (die Anfang 2009 in die FINMA überführt worden ist). Mit Blick auf die Vorgänge um die UBS heisst es darin selbstkritisch: „Im Rückblick zeigen sich aber Schwachstellen sowohl bei der Früherkennung von Risiken als auch bei der Durchsetzung von Gegenmassnahmen. Dank der rechtzeitig aufgenommenen Vorbereitungsarbeiten der Behörden im Hinblick auf eine mögliche Grossbankenkrisis und dank eines zielgerichteten und konsequenten Handelns während der

Krise funktionierte jedoch die Krisenbewältigung bisher gut.“ Ungeachtet der Frage, ob in der Schweiz tatsächlich eine angemessene und effektive Finanzaufsicht besteht, bietet der Bericht und das darin integrierte Glossar einen guten Überblick über die gängigen Finanzprodukte und ihre Gefahren. Aus Sicht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes **SGB** und der **SP** sind mit dem Bericht die Vorgänge um die UBS jedoch keineswegs ausreichend geklärt. Weil bislang keine Lehren aus der Krise gezogen wurden und die Finma zu sehr mit der UBS verflochten sei, brauche es eine unabhängige Parlamentarische Untersuchungskommission PUK.

Alternativen

Die Gruppe Alternative Wirtschaftspolitik, zu der auch der kürzlich verstorbene Ökonom **Jörg Huffschmid** gehörte, hat in ihrem neuen Memorandum 2009 Alternativen zur Stabilisierung, zum Umbau und zur Demokratisierung der Wirtschaft vorgelegt. Das empirische Material ist zwar stark auf Deutschland bezogen, die Schlussfolgerungen jedoch von allgemeinem Interesse.

Ökosozialer Umbau der Schweiz

Die Gewerkschaft **Unia** hat im Oktober 2009 die stillstehende Debatte über weiterreichende Schlussfolgerungen aus der Finanzkrise neu belebt. Unter dem Titel **„Pakt für eine produktive Schweiz“** stellte sie ein Konzept für einen Produktionsfonds vor, der mit günstigen Krediten den ökosozialen Umbau der Schweiz vorantreiben und dabei viele Jobs sichern bzw. schaffen soll. Ausgangspunkt des Konzepts ist die Analyse einer neoliberal forcierten Finanzialisierung als Ursache der Weltwirtschaftskrise. Damit sei eine gigantische Verschiebung der Finanzströme erfolgt: Weg von den Masseneinkommen (inkl. den umlagefinanzierten Rentensystemen) und den realwirtschaftlichen Investitionsfeldern hin zu den renditeträchtigeren Anlagemöglichkeiten auf den deregulierten Finanzmärkten. Diese Finanzialisierung hatte schon vor der aktuellen Finanzkrise zu sinkenden Investitionsquoten und der Vernachlässigung einer zukunftsfähigen Industriepolitik geführt. In der Krise und angesichts ihrer Folgen (wie etwa der Kreditklemme) wachse nun jedoch das Bewusstsein über die genannten Versäumnisse, so offenbar das Kalkül hinter dem Pakt. Das Konzept, dass auch KMU und Geschäftsbanken ansprechen möchte



www.finma.ch/d/aktuell/Documents/Finanzmarktkrise%20und%20Finanzmarktaufsicht_Endversion_d.pdf



www.sgb.ch/uploaded/Pressemitteilungen/091207_Paul_Rechsteiner.pdf



www.axel-troost.de/article/4090.joerg-huffschmid-ist-gestorben.html



www.memo.uni-bremen.de



www.unia.ch/Pakt-fuer-eine-produktive-Schw.3945.0.html



www.woz.ch/dossier/Kapitalismus/18560.html



www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/grossbanken_schweiz_1.3540753.html



www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaeft.aspx?gesch_id=20093019



www.boeckler-bonen.de/5689.htm



www.ustreas.gov/press/releases/reports/otcact.pdf



www.sgb.ch/sgb-blog/index.php?p=ViewArticle&articleId=118&blogId=2



www.ftd.de/finanzen/maerkte/analysten/lehren-aus-der-krise-waehrungshaendler-wetter-gegen-derivatereform/50039416.html



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Kommentar_zum_Papier_Ein_Pakt_fur_die_Produktion_HB-2.pdf



www.steuer-gegen-armut.org/home.html



www.leading-group.org/



<http://tobintax-call.free.fr/anglais.htm>

sieht im Kern einen Fonds vor, der durch Einlagen der Pensionskassen und des Bundes finanziert wird. Diese Gelder werden verzinst und stellen somit für die Anleger eine stabile Einlage dar. Der Fonds vergibt dann günstige Kredite an die Industrie bzw. bietet ihr günstige Leasingverträge an. Der Fonds wird von einem Öko-Kompetenzzentrum beraten und paritätisch gesteuert. Bei den KMU und den Pensionskassen ist der Vorschlag zum Teil durchaus wohlwollend registriert worden, darüber hinaus hat er freilich kaum Resonanz gefunden. Zudem gibt es auch kritische Anmerkungen innerhalb der Linken, wie etwa vom früheren Unia-Ökonom **Hans Baumann**. Prinzipiell befürwortet er einen solchen Fonds und dessen Ziel, den ökosozialen Umbau, äussert jedoch Skepsis gegenüber der Analyse, die ihm zugrunde liegt: In der gegenwärtigen Krise fehle es an Nachfrage, nicht an billigem Geld. Existiere eine Nachfrage, – etwa infolge neuer Innovationen im Greentech-Bereich – die Rendite verspreche, dann würde auch wieder investiert bzw. würden Kredite gegeben.

Finanztransaktionssteuer

Nachdem jahrelang weltweit von NGO und politischen Gruppen wie Attac die Einführung einer Steuer auf Finanzspekulation (der sogenannten Tobin-Tax, benannt nach der 1972 vom Wirtschaftswissenschaftler James Tobin vorgeschlagenen Steuer) erfolglos gefordert wurde, scheinen sich seit der Krise zunehmend auch die Vertreter der Regierungen wichtiger Industrienationen für eine sogenannte Finanztransaktionssteuer stark zu machen. So wurde auf dem Finanzgipfel der G-20 in Pittsburg im November 2009 der IMF beauftragt, ein Konzept für eine Erhebung einer Steuer auf Finanzmarkttransaktionen zu erarbeiten. Allerdings bliebe eine solche Massnahme wohl nur vorübergehend in Kraft, da sie explizit dazu dient, die finanziellen Folgen der aktuellen Finanzkrise abzumildern. Weil zugleich davon auszugehen ist, dass aufgrund der Widersprüche zwischen den Staaten die aktuelle Debatte im Sande verlaufen dürfte, haben sich in den vergangenen Monaten etliche Initiativen gegründet, um den politischen Druck für eine solche Transaktionssteuer aufrecht zu erhalten.

Ziel der Steuer, die auf den Handel mit Finanzvermögen (Aktien, Anleihen, Derivate etc.) erhoben werden soll, ist es, die

Finanzindustrie an den Kosten für die Krise zu beteiligen. Auch das **Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)** in der Hans-Böckler-Stiftung und das **Wiener WIFO-Institut** befürworten eine Finanzmarkttransaktionssteuer. Das Prinzip: Auf börsenähnliche Wertpapiergeschäfte wird ein sehr geringer Steuersatz erhoben, so dass damit vor allen Dingen Spekulanten betroffen sein werden. Je kurzfristiger ein Anleger handelt, desto öfter würde er zur Kasse gebeten. Langfristig orientierte Investoren werden dagegen nur gering belastet.

Einschränkung des Handels mit Derivaten

Bekanntlich gehörte der explosionsartige Boom des Handels mit strukturierten Finanzprodukten wie den sogenannten CDS (Credit Fault Swaps) zu den Auslösern der Finanzkrise (siehe Infobrief # 8). In den USA förderte im Jahre 2000 eine Deregulierung die Aufblähung des Derivatehandels. Zuvor existierte ein Gesetz, wonach Ansprüche aus solchen Verträgen (es handelte sich bei den CDS um Verträge zwischen Partnern über die Absicherung von Spekulationen auf Zahlungsunfähigkeit, die im Ergebnis die Risikobereitschaft auf den Finanzmärkten noch erhöhte) vor Gericht nur dann geltend gemacht werden, wenn die Verträge noch in einem erkennbaren Mass an realwirtschaftliche Investitionen gebunden waren.

Viele Fachleute, wie etwa der Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) **Daniel Lampart** fordern heute die Rückkehr zu einer solchen Regelung, weil sie sich davon eine grössere Zurückhaltung bei spekulativen Derivatgeschäften erhoffen. Gleichzeitig warnen sie jedoch auch vor einem generellen Verbot von Derivaten, da sich mit deren Hilfe Unternehmen gegen Risiken wie Währungsschwankungen absichern können. Da die CDS zu den sogenannten „Over-The-Counter-Praktiken“ (OTC) gehören, die nicht an der Börse gehandelt, sondern direkt zwischen Partnern abgewickelt werden, fordern nun die EU-Kommission und ebenso die US-Regierung die Einrichtung einer Clearingstelle, an die solche Geschäfte gemeldet werden müssen, damit der Derivatehandel überhaupt erst einmal überblickt werden kann.

4. Debatten und Analysen

Zusammengebrochene Investmentbanken, instabile Finanzmärkte, zerplatzte Voodoo-Wertpapiere auf der einen, staatliche Konjunkturprogramme und Bankenrettungen sowie Re-Regulierungsdebatten auf der anderen Seite: Gemeinhin wird angesichts dieses Szenarios von einem Ende des Neoliberalismus bzw. seiner Ideologie gesprochen. Doch ist der Neoliberalismus wirklich am Ende? Und wie steht es mit der Analyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Zusammenhang mit der Krise?

Debatten im Bürgertum

Bernhard Walpen hat für das Denknetz Jahrbuch 2009 eine Analyse der diskursiven Abwehrstrategien innerhalb der Neoliberalen erarbeitet. Eine dieser Strategien besteht beispielsweise darin, die der Krise zugrundeliegende Finanzarchitektur der vergangenen Jahre als eine verkappte keynesianische Übung zu deuten, so dass die Rückkehr zu einem „richtigen“ Neoliberalismus auf Basis des Ordoliberalismus angeraten sei.

Vom 23. bis 26. August 2009 fand das 14. Zermatter Symposium mit dem Titel Finanzmarktkrise: zwei Jahre danach statt, welches von **Avenir Suisse**, der **Leipziger Wirtschaftspolitischen Gesellschaft**, **Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM)** sowie der **Hanns Martin Schleyer-Stiftung** durchgeführt wurde. Es ist interessant zu verfolgen, wie die zahlreich versammelten namhaften ExpertInnen (etwa Eugen Haltinger, Jan-Egbert Sturm oder Beatrice Weder di Mauro), die in den vergangenen Jahren die „Notwendigkeit“ einer weiteren Marktliberalisierung gepriesen haben, nun die Krise bilanzieren. Dabei kommt durchaus eine gewisse Eigenkritik zum Ausdruck. Unter dem Strich plädieren die meisten Stimmen jedoch für eine „vernünftige“, richtige und letztlich marktkonforme Regulierung der Finanzmärkte. Dankenswerterweise hat ein Redaktionsteam alle Beiträge in gut lesbarer Form zusammengefasst.

„Börsenkotierte Unternehmen müssen im internationalen Wettbewerb bestehen können. Deshalb müssen sie zumindest gleich lange Spiesse haben wie ihre Konkurrenten im Ausland.“ Mit diesen Worten wendet sich **economiesuisse**, der Verband Schweizer Unternehmen, gegen eine „Gängelung“ von Schweizer Aktien-

gesellschaften, wie sie etwa die sogenannte **Minder-Initiative** fordere. Ein weiteres Beispiel dafür, wie offensiv die Institutionen des Marktradikalismus bereits wieder auftreten, stellt das **Swiss Finance Institute** dar. Eine Veranstaltung aus Anlass der Jahresversammlung dieser akademischen Nachwuchskaderschmiede im November 2009 zeige dies deutlich, so **Gian Trepp**, in *Die unheimlichen Lehrer der zukünftigen Banker*.

Andreas Rieger zeichnet die widersprüchlichen Konstellationen innerhalb des Schweizer Bürgertums in den letzten 15 Jahren nach. Wie und warum spendeten auch jene Wirtschaftssektoren dem neoliberalen Deregulierungsprogramm Gefolgschaft, die unter einer Dominanz des Shareholder-Value selbst stark unter Druck geraten sind? Auch **Beat Ringer** zeigt, wie sich der Schweizer Finanzplatz zulasten der öffentlichen Kassen anderer Volkswirtschaften bereicherte und letztlich damit die Aufblähung auf den internationalen Finanzmärkten begünstigte. Auch er beleuchtet detailliert die teilweise widersprüchlichen Interessenlagen innerhalb des CH-Bürgertums. Er plädiert für eine grundlegende Wende in der Steuerpolitik als Voraussetzung dafür, dass die Schweiz Perspektiven jenseits einer parasitären Standortpolitik entwickeln kann.

Ursachenanalysen

Im Denknetz Infobrief # 8 vom Februar 2009 wurden bereits die wichtigsten Ansätze einer Analyse der Finanzkrise vorgestellt: Die politisch forcierte Deregulierung der Finanzmärkte; sinkende Lohnquoten; damit einhergehender Anstieg anlagesuchender Finanzvermögen; durch Privatisierung freigesetzte Gelder aus Sozialversicherungen (Rentensystemen) und Service Public strömen ebenfalls auf die Finanzmärkte, die weit höhere Rendite versprechen als Investitionen in die „Realwirtschaft“, die jedoch durch die Renditeansprüche auf den Finanzmärkten weiter unter Druck gerät. Im folgenden sollen deshalb lediglich einige neuere, ergänzende Ansätze benannt werden.

Strukturelle Überakkumulation und Renditeschere

Der am 5. Dezember 2009 verstorbene Ökonom **Jörg Huffs Schmid** hatte noch für das Denknetz Jahrbuch 2009 einen Beitrag verfasst, in dem er die Überakkumulation als eine zentrale Ursache der Krise wie folgt skizziert: Finanzvermögen wird



www.abzockerei.ch/



www.woz.ch/artikel/2009/nr49/wirtschaft/18674.html



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Krise-und-Wirtschaftsmachte-20-11-09-_3_.pdf



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Ringer-2.pdf



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Walpen.pdf



www.avenir-suisse.ch/content/themes/wachstum/Zermatter-Symposium/mainColumnParagraphs/0/document1/14.zermatter_symp_2009_light.pdf



suisse.ch/web/de/PDF%20Download%20Files/Studie_Aktiengesellschaften_FoW-HTW_20091202_d.t.pdf

Kosmoprolet

wird von einer Assoziation rätekommunistischer Gruppen herausgegeben. Der angegebene Text „Thesen zur Krise“ ist leider nicht online verfügbar.



www.klassenlos.tk/kosmoprolet.php

sich jedoch die organische Zusammensetzung des eingesetzten Kapitals: Ein immer größerer Teil besteht aus konstantem Kapital (Gebäude, Maschinen, Rohstoffe), ein immer kleinerer Teil aus variablem Kapital (Löhne und Gehälter). Weil nur die Arbeit Mehrwert erzeugen kann, fällt in diesem Prozess der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals *der Tendenz nach* die Profitrate. Die Lösung besteht entweder in der absoluten Ausweitung der Produktionsmasse infolge grösserer Nachfrage, wodurch das relative Sinken der Mehrwertmasse pro Produkt ausgeglichen werden kann, oder in der Erfindung neuer Produkte bzw. Produktionsmethoden. Doch auch dies ist nur ein Aufschub auf Zeit, wie die Zeitschrift **Kosmoprolet** am Beispiel von General Motors und deren gigantischen Rationalisierungsbemühungen darlegt:

Der falsche Schein, dass höherer Produktivität zwangsläufig höheren Profit bedeutet, resultiert aus der Konkurrenz, in der sich tatsächlich das produktivere Einzelkapital durchsetzt: Es kann seine Waren billiger verkaufen und entsprechend Marktanteile erobern, oder zum üblichen Marktpreis verkaufen und Extraprofit einfahren. Doch in der Masse, in dem sich die höhere Produktivität verallgemeinert, verdampft nicht nur der Extraprofit der zuvor produktiveren Einzelkapitale, sondern es schrumpft überhaupt der Anteil der lebendigen Arbeit im Verhältnis zum konstanten Kapital. Wenn alle Unternehmen handeln wie GM – und dazu sind sie bei Strafe des Untergangs gezwungen – wenn in der gleichen Arbeitszeit doppelt so viele Autos wie vorher produziert werden, hat sich nicht der Wert der Gesamtproduktion verdoppelt, sondern ist umgekehrt der neu zugesetzte Wert jedes einzelnen Autos um die Hälfte gefallen.

Empirisch betrachtet konnte der Profitratenfall in den Nachkriegsjahrzehnten durch „entgegenwirkende Ursachen“ kurz- und mittelfristig kompensiert bzw. überkompensiert werden, als eine steigende, kaufkräftige Massennachfrage die Produktion von Massengütern auslöste. Schon ab Mitte der sechziger Jahre konnte jedoch für die allermeisten Länder ein deutlicher Fall der Profitrate bis Ende der 1970er Jahre nachgewiesen werden.

Die neue „gegenwirkende Ursache“: Finanzialisierung

Während die beiden klassischen „Lösungen“: Ausweitung der absoluten Produkt-

ion sowie Produktivkraftentwicklung zunehmend verbraucht schienen, versprach ab Mitte der 1970er Jahre die oben genannte Finanzialisierung die Krise der realwirtschaftlichen Mehrwertproduktion vergessen zu machen. Tatsächlich stabilisierten sich die Profitraten in den Ländern des Nordens und stiegen bis zum neuen Jahrtausend wieder fast auf das Niveau der 1950er Jahre an. Entscheidend hierfür ist nach Ansicht vieler linker Ökonomen die Erhöhung der Ausbeutungsrate (absoluter Mehrwert): Der Anteil der Löhne an den Produktivitätsgewinnen wird gesenkt. Die wichtigsten Massnahmen: Verdichtung der Arbeit, Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer. Die Liberalisierung der Finanzmärkte schafft den dafür nötigen Druck, weil das Kapital nun viel mobiler agieren kann (z.B. mit Standortverlagerungen, Firmenkäufen etc). Dies geht allerdings einher mit der Verlagerung der gesamtgesellschaftlichen Profitquote auf die Finanzindustrie und auf diejenigen Branchen, in denen noch Monopolprofite zu erzielen sind (z.B. Informatik, Erdöl, Pharma). Mit anderen Worten: Untersuchungen zum Profitratenfall müssten zunehmend differenzierter, also branchenspezifischer durchgeführt werden.

Betrachtet man jedoch den Bereich der industriellen Produktion isoliert, so hat sich der Profitratenfall auch in den 1980er und 1990er Jahren fortgesetzt. Folgerichtig, so die Quintessenz der meisten hier angedeuteten Analysen, könne es keine Rückkehr zu einem fordistisch-keynesianischen Akkumulationsmodell geben, das imstande wäre eine nachhaltige Akkumulation auf kapitalistischer Basis zu ermöglichen.

Weitere neuere Krisenanalysen

Ebenfalls eine grundlegende Krise des Werts, der der Kapitalismus nicht entkommen kann, konstatiert „**Sander**“ in der Zeitschrift „Internationalist Perspective“ vom Juni 2009. Der Artikel ist mittlerweile in vielen Foren diskutiert worden und liegt auch in einer deutschen Übersetzung vor.

Der marxistische Historiker **Karl-Heinz Roth** hat den ersten Teil eines umfangreichen Forschungs- und vor allen Dingen Diskussionsprojekts mit dem Titel: "Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven" vorgelegt. Hierin ordnet er die aktuelle Krise historisch ein

Empirische Befunde zum Profitatenfall am Beispiel der USA, Deutschland und Schweden liefert **Kathrin Deumelandt**.



www.profitratenanalyse.de/downloads/PRAG_04.pdf



www.internationalist-perspective.org/IP/ip-discussions/crisis_of_value.html



www.klassenlos.tk/data/pdf/sander.pdf



Karl Heinz Roth:
Die globale Krise,
Hamburg 2009



www.wildcat-ww.de/aktuell/a068_khroth_krise.htm



www.kritiknetz.de/Kapitalismus_in_der_Krise.pdf



www.math.uni-hamburg.de/home/ortlieb/WiderspruchStoff-FormPreprint.pdf



www.boeckler.de/119.html

und vergleicht sie mit den vergangenen drei Grosskrisen des Kapitalismus. Eine Skizze seiner Ergebnisse findet sich in der Zeitschrift Wildcat.

Auch **Hans Peter Büttner** (in: Kapitalismus in der Krise - Die Finanzkrise: Ursachen und Folgen) sowie der Mathematiker **Claus-Peter Ortlieb** (in: Ein Widerspruch von Stoff und Form. Zur Bedeutung der Produktion des relativen Mehrwerts für die finale Krisendynamik) sehen im grundlegenden Widerspruch zwischen Gebrauchs- und Tauschwert die fundamentale Krisentendenz des Kapitalismus begründet.

Den hier vorgestellten Analyseansätzen ist gemeinsam, dass sie die Ursachen der aktuellen Krise zurück ins „goldene Zeitalter“ des Kapitalismus verorten und damit dessen spezifische Produktionsweise „kritisch“ betrachten. Demgegenüber stehen freilich eine Vielzahl von Analysen, welche die zeitnaheren Ursachen und Auslöser in den Blick nehmen (vgl. Denknetz Infobrief # 8). Der strukturelle Krisencharakter der kapitalistischen Konkurrenzproduktion ist dabei in aller Regel kein Thema. In der aktuellen Ausgabe der **WSI-Mitteilungen** 12/2009 - Nach dem Crash – Soziale Folgen der Finanzmarktkrise – geht dagegen **Hans-Jörg Herr** einen Schritt weiter und konstatiert, „dass die Ursachen für die Krise der 1970er Jahre nicht in den Tiefen kapitalistischer Gesetzmässigkeiten zu suchen sind – etwa im Gesetz einer fallenden Profitrate oder sich zuspitzender ökonomischer Widersprüche“. Dabei sieht er durchaus eine zunehmend destabilisierte makroökonomische Entwicklung ab den siebziger Jahren, die jedoch eine Folge politischer Bedingungen gewesen sei. Neben dem wachsenden Einfluss neoliberaler Ideen und Praktiken erkennt Hans-Jörg Herr rückblickend auch ein Versagen der Reformkräfte, die keine Anpassungen des alten Regulierungssystems an die neuen Gegebenheiten zustande brachten“. Als Beispiel hierfür nennt er die Gewerkschaften, die ihre gewachsene Macht auslebten, ohne nach

den Kosten einer „inflationär wirkenden Lohnpolitik“ zu fragen. Konsequenterweise schliesst diese Analyse einer politisch induzierten Krise mit dem nachdrücklichen Fazit, die Rückkehr zu einem „guten Kapitalismus“ sei möglich.

5. Vermischtes

Radical perspectives on the crisis nennt sich eine Website aus den USA, die kritische Interventionen und Aktionen „within the crisis“ begleiten soll. Darauf finden sich viele gute einführende Artikel zu diversen Aspekten der Krise sowie zur Marxschen Krisentheorie.

John Bellamy Foster and **Brett Clark** haben in der November Ausgabe der Monthly Review die Vorstellung eines green capitalism als naive, letztlich jedoch gefährliche Hoffnung zurückgewiesen. Im Beitrag *The Paradox of Wealth: Capitalism and Ecological Destruction* argumentieren sie, weder liesse sich die Umwelt durch die Anwendung kapitalistischer Rationalität retten, noch liessen sich die Krisenmechanismen des Kapitalismus durch eine Umstellung der Produktion auf ökologisch nachhaltigere Güter aushebeln.

Einen vielversprechenden internationalen Ansatz zur Organisation von Debatte und Analyse stellt das Netzwerk **Transform** dar, welches Initiativen aus den Bereichen politische Bildung und kritischer Wissenschaft vernetzen möchte. Die Gründung geht auf ein Treffen während des Weltsozialforums in Porto Allegre 2007 zurück. Gründungsorganisationen sind: Espaces Marx, Fr., Rosa Luxemburg Stiftung, De, Nicos Poulantzas Society, Gr., Center for Marxist Social Studies, Sw., Foundation for Marxist Research, Esp., Review Socialism, De., Transform Italia. Die Website ist in englischer Sprache gehalten. Die aktuelle Ausgabe der zwei mal im Jahr erscheinenden Zeitschrift Transform hat den Schwerpunkt **Global Crisis. Resistance, Proposals, Strategies**.



<http://sites.google.com/site/radicalperspective-sonthecrisis/>



www.monthlyreview.org/091101-foster-clark.php



www.transform-network.net